

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Kommissionspräsidentin zur Lage der Union	1
EU-Kommission: „EU KIDS Act“ zum Schutz von Kindern in der Online-Welt vorgeschlagen.....	1
EU-Parlament: soziale Medien und das Online-Umfeld sicherer machen.....	2
Europarat: Empfehlung des Europarates stellt Bildung in den Mittelpunkt der Antwort auf KI	2
EU-Kommission: soziale Rechte für mobile Arbeitskräfte überall in der EU	2
Europarat: erste Strategie für die Gleichberechtigung von LGBTI-Personen und Bericht über Hassrede	2
Europarat: Entscheidungen wegen fehlender Umsetzung von Urteilen des EGMR	3
EU-Kommission: Housing Affordability Act zur Unterstützung der lokalen Gebietskörperschaften	3
<i>Kurznachrichten: Better Internet for Kids, Nachzug und Polygamie, Vertragsverletzungsverfahren</i>	<i>3</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Litauen: umfassendes Familienförderpaket.....	4
Schweiz: Revision des Gesetzes zur Fortpflanzungsmedizin	4
Italien will in Schulen Limit für Nicht-Italienischsprachige und Schleierverbot	4
Frankreich: neuer Entwurf für das Verbot sozialer Medien unter 15 Jahren.....	4
<i>Kurznachrichten: Garantie für Kinder, Familienleistungen für Ukraine-Vertriebene, Großelterntag</i>	<i>5</i>
Weitere Nachrichten	5
Australien: Auswertung der Altersbeschränkung für soziale Medien.....	5
Australien bereitet neues Gesetz für „Digital Duty of Care“ vor.....	5
<i>Kurznachricht: Alterslimit vs. Regulierung sozialer Medien.....</i>	<i>6</i>
Berichte und Studien	6
UNICEF: Wie digitale Technologien den sexuellen Missbrauch von Kindern ermöglichen	6
LSE: Vergleichsstudie „EU Kids Online 2026“	6
Lancet Countdown: Europa-Bericht 2026 zu Gesundheit und Klimawandel.....	6
UNICEF: Auswirkungen von HIV/AIDS auf Kinder	7
WHO/UNICEF: Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene in Gesundheitseinrichtungen.....	7
<i>Kurznachrichten: Diskriminierung durch KI, inklusive Medizin, Kinderheirat und Genitalverstümmelung.....</i>	<i>7</i>
<i>Fundsache.....</i>	<i>7</i>
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Kommissionspräsidentin zur Lage der Union

In ihrer jährlichen Rede zur Lage der Europäischen Union hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betont, dass unsere künftige Wirtschaftsentwicklung und Sicherheit in großem Maße davon abhängen, wie wir zwei „tipping points“ unserer Zeit handhaben: den Klimawandel und die künstliche Intelligenz (KI). Sie kündigte einen europäischen Aktionsplan für Hitzewellen sowie Gespräche mit den führenden Entwicklungslaboren der KI an. Im Bereich der sozialen Rechte bekräftigte sie, bis Jahresende einen „Quality Jobs Act“ und 2027 einen Europäischen Deal für Pflege und Betreuung vorzulegen. Außerdem gab sie bekannt, am nächsten Tag einen Gesetzentwurf zur Nutzung sozialer Medien durch Minderjährige zu veröffentlichen. Weitere Themen waren Gleichstellung, Verteidigung und Migration.

- [Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2026](#)

EU-Kommission: „EU KIDS Act“ zum Schutz von Kindern in der Online-Welt vorgeschlagen

Die Europäische Kommission hat das neue EU-KIDS-Gesetz vorgeschlagen – „KIDS“ steht hierbei für „Keeping Internet Digital Spaces Accountable and Trustworthy“ (digitale Räume im Internet verantwortlich und vertrauenswürdig halten). Der Entwurf einer EU-Verordnung (Regulation) baut auf Empfehlungen des Sachverständigenausschusses zur Sicherheit von Kindern im Internet auf (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 7/26](#)). Der EU-KIDS-Act gilt für Online-Dienste, die von Minderjährigen genutzt werden, darunter soziale Medien, Videoplattformen, Online-Spiele sowie KI-Begleiter und Chatbots. Für deren Nutzung durch Minderjährige soll in der gesamten EU ein schrittweiser, altersabhängiger Ansatz eingeführt werden. Kinder im Alter von unter 13 Jahren erhalten demnach keinen Zugang zu diesen Diensten mehr. Sie dürfen weiterhin kindgerechte Videoplattformen über ein Konto nutzen, das von einem Elternteil oder Erziehungsberechtigten verwaltet wird. Minderjährige im Alter von 13 oder 14 Jahren dürfen ein von einem Elternteil oder Erziehungsberechtigten verwaltetes Mini-Konto mit begrenzten Funktionen nutzen. Für alle unter 15 Jahren gilt eine zeitliche Begrenzung von einer Stunde pro Tag, wobei die Eltern die Zeit reduzieren können. Jugendliche ab 15 Jahren dürfen ihre eigenen Online-Zugänge eröffnen und verwalten.

Hierbei müssen Online-Dienste, die von Minderjährigen genutzt werden, grundsätzlich mehr Schutz als bisher bieten. Dies umfasst eine Begrenzung von Funktionen, die eine übermäßige Nutzung fördern können, wie endloses Scrollen oder trügerische Belohnungen; Ausschluss einer Nutzung zwischen 22 und 8 Uhr und während der Unterrichtszeiten; ein Verbot der unaufgeforderten Kontaktaufnahme durch Fremde; die Sicherstellung, dass Profile für Minderjährige standardmäßig privat sind; sowie einfache Möglichkeiten, Nutzer:innen zu blockieren und diese stummzuschalten. KI-Begleiter und Chatbots müssen zudem standardmäßig ausgeschaltet sein und dürfen nicht mehr in einer Weise handeln können, die zu emotionaler Abhängigkeit führt. Mit dem EU-KIDS-Gesetz wird die Beweislast von den Regulierungsbehörden auf die Plattformen verlagert. Anbieter sehr großer Online-Plattformen müssen nachweisen, dass ihre Dienste für Kinder sicher und auf ihr Wohlergehen ausgerichtet sind. Online-Dienste und App-Stores müssen Instrumente zur Altersfeststellung verwenden und gleichzeitig die Privatsphäre schützen. Sie können beispielsweise die EU-App zur Altersüberprüfung nutzen, in der keine Identitätsdokumente oder biometrischen Daten gespeichert werden. Der Vorschlag wird nun vom EU-Parlament und vom Ministerrat geprüft, die über den endgültigen Text verhandeln und entscheiden werden.

- [Proposal for a EU KIDS ACT – 'EU Keeping Internet Digital Spaces Accountable and Trustworthy'](#) 

EU-Parlament: soziale Medien und das Online-Umfeld sicherer machen

Die Abgeordneten empfehlen eine „integrierte europäische Strategie“, an der Gesetzgeber, Familien und Schulen beteiligt sind, um sicherzustellen, dass soziale Medien und das Internet insbesondere für jüngere Nutzer:innen sicher sind. Die Abgeordneten fordern von den Unternehmen: die Einführung einer Altersüberprüfung ohne Erhebung oder Speicherung personenbezogener Daten; mehr Transparenz hinsichtlich der algorithmischen Systeme in sozialen Medien; die Bereitstellung eines „Jugendmodus“, der gezielte Werbung für Minderjährige deaktiviert; die Umsetzung verbindlicher ethischer Standards für „KI-Begleiter“; mehr Transparenz beim Training von KI-Modellen sowie ein Verbot für KI-Systeme, Bilder oder Videos mit sexuellen Inhalten einer Person ohne deren Einwilligung zu generieren. Die Abgeordneten sehen die bevorstehende Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) als Chance, junge Menschen besser vor illegalen und schädlichen Inhalten auf Videoplattformen zu schützen. Das Parlament fordert die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, auf EU-Ebene einen Verhaltenskodex für Influencer, Agenturen und Online-Plattformen zu erstellen.

- [EU-Parlament: Entschließung zu Auswirkungen der sozialen Medien auf junge Menschen](#)

Europarat: Empfehlung des Europarates stellt Bildung in den Mittelpunkt der Antwort auf KI

Der Europarat hat eine Empfehlung an die Regierungen seiner 46 Mitgliedstaaten verabschiedet, die darauf abzielt, Schüler:innen, Studierenden, Lehrkräften, Eltern, Arbeitnehmenden und Bürger:innen aller Altersgruppen zu helfen, künstliche Intelligenz (KI) zu verstehen, verantwortungsvoll damit umzugehen und zu erkennen, wo sie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährden kann. Die Empfehlung bezieht sich auf Artikel 20 des Rahmenübereinkommens des Europarates über künstliche Intelligenz und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

- [Council of Europe: Recommendation on artificial intelligence literacy](#)  

EU-Kommission: soziale Rechte für mobile Arbeitskräfte überall in der EU

Die Europäische Kommission hat das Paket für faire Mobilität verabschiedet, mit dem die sozialen Rechte von Arbeitskräften ungeachtet ihres Wohnorts in der EU garantiert werden. Die beruflichen Kompetenzen von Arbeitnehmer:innen sollen damit in der gesamten EU nachprüfbar sein, und sie werden ihre Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsansprüche überall nachweisen und geltend machen können. Mit dem Europäischen Sozialversicherungspass werden Sozialversicherungsunterlagen online beantragt und empfangen werden können. Dazu gehören auch die Europäische Krankenversicherungskarte und die A1-Bescheinigung für entsandte Arbeitnehmer:innen, die den Sozialversicherungsschutz durch das Herkunftsland bei befristeter Tätigkeit im Ausland sicherstellt. Wer in ein anderes EU-Land zieht, soll eigene Dokumente in einer europäischen Briefftasche für die Digitale Identität (EUid-Briefftasche) digital speichern und vorlegen können.

- [Commission proposes ambitious measures to strengthen fair labour mobility](#) 

Europarat: erste Strategie für die Gleichberechtigung von LGBTI-Personen und Bericht über Hassrede

Das Ministerkomitee des Europarates hat die erste Strategie der Organisation für die Gleichberechtigung von LGBTI-Personen verabschiedet. Obwohl in den 46 Mitgliedstaaten erhebliche Fortschritte erzielt worden seien, sind diese nach wie vor uneinheitlich, heißt es in der Strategie. Zu den vier vorrangigen Maßnahmen gehören die Anerkennung der gleichen Rechte und der Würde von LGBTI-Personen sowie die Förderung einer Kultur des Respekts; die Bekämpfung von Desinformation und Manipulation von Informationen über LGBTI-Personen; die

Prävention und Bekämpfung von Gewalt und Hass gegen LGBTI-Personen; sowie die Schaffung, Sicherung und Stärkung des Schutzes durch wirksame rechtliche, institutionelle und regulatorische Rahmenbedingungen.

Der Europarat hat gleichzeitig einen neuen Bericht über Hassrede gegen LGBTI-Personen veröffentlicht.

- [Council of Europe: Strategy for Equal Rights for LGBTI People \(2027-2032\)](#)  
- [Council of Europe: Combating hate speech based on sexual orientation, gender identity ...](#)  

Europarat: Entscheidungen wegen fehlender Umsetzung von Urteilen des EGMR

Der Europarat hat Entscheidungen gegen 20 Mitgliedstaaten wegen fehlender Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) gefasst, darunter drei Entscheidungen gegen Bulgarien wegen des Versäumnisses, das Leben einer Frau sowie ein minderjähriges Opfer vor häuslicher Gewalt zu schützen; der Unwirksamkeit von Ermittlungen zu Vergewaltigungsvorwürfen; sowie des Fehlens eines spezifischen rechtlichen Rahmens, der die Anerkennung und den Schutz der Lebensgemeinschaft der Beschwerdeführer:innen als gleichgeschlechtliches Paar vorsieht. Letzteres betrifft ebenso Polen und Rumänien.

- [Committee of Ministers: Supervision of the execution of judgments of the ECHR](#)  

EU-Kommission: Housing Affordability Act zur Unterstützung der lokalen Gebietskörperschaften

Die Kommission hat ein Gesetz über erschwinglichen Wohnraum vorgeschlagen, um die Mitgliedstaaten und Städte dabei zu unterstützen, die Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit von Wohnraum in besonders betroffenen Gebieten anzugehen. Das Gesetz ergänzt die neuen Vorschriften für staatliche Beihilfen für erschwinglichen Wohnraum und die Europäische Strategie für den Wohnungsbau als Bestandteile des Europäischen Plans für erschwinglichen Wohnraum. Die neuen Vorschriften sollen den zuständigen Behörden dabei helfen, „Gebiete mit Wohnungsstress“ anhand einer gemeinsamen Methodik zu ermitteln. In beliebten touristischen Zielorten kann die zunehmende Nutzung von Wohnraum für kurzzeitige Vermietungen die lokale Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Wohnraum beeinträchtigen. Der Affordable Housing Act gibt den Behörden Rechtssicherheit, wenn sie sich aufgrund lokaler Besonderheiten für ein Tätigwerden im Rahmen des EU-Rechts entscheiden.

- [EU-Kommission: Affordable Housing Act](#) 

Kurznachrichten: Better Internet for Kids, Nachzug und Polygamie, Vertragsverletzungsverfahren

- Noch bis zum 2. Oktober läuft eine am 3. September gestartete Online-Konsultation zur [Evaluation der Europäischen Strategie für ein Better Internet for Kids \(BIK+-Strategie\)](#).
- Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat einstimmig entschieden, dass es [kein europäisches Recht auf Familienzusammenführung für Kinder aus polygamen Ehen](#) gibt.
- Wegen [mangelnder Umsetzung der Vorschriften über die Sicherheit von Spielzeug in Bezug auf Cobalt](#) hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen Kroatien, Zypern und Ungarn eingeleitet.
- Nach Inkrafttreten des Rechts auf eine leichtere Reparatur von Waren (s. [AGF-EuropaNews 7/26](#)) hat die EU-Kommission [18 Mitgliedstaaten zur vollständigen Umsetzung des Rechts auf Reparatur](#) aufgefordert.
 - Zur [vollständigen Umsetzung der überarbeiteten Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels](#) hat die EU-Kommission 20 Mitgliedstaaten aufgefordert, inklusive Deutschland.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Litauen: umfassendes Familienförderpaket

Die Regierung hat ein umfangreiches Familienförderpaket vorgestellt. Es umfasst neun Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 770–800 Mio. Euro: Kinderbetreuungs- und Aktivitätsbeihilfe (Kita bis 12 J.), kostenlose Schulspeisung (Klasse 5–10), universelle Schulstart-Beihilfe (148 Euro), höhere Förderung für Erstwohnungen in Regionen, höhere Elternzeitbezüge, Pensionsgarantien bei Kinderbetreuung, erhöhte Krankengeldsätze (bei Krankheit von Kindern), Rückkehrprämie für Familien aus dem Ausland sowie Integrationsbeihilfen (für Rückkehrer:innen). Streit gibt es um die Finanzierung.

Schweiz: Revision des Gesetzes zur Fortpflanzungsmedizin

Für eine umfassende Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes soll bis Ende 2026 ein Entwurf zur Konsultation vorgelegt werden. Zu den zentralen Änderungen der geplanten Gesetzesnovelle gehört, dass die Eizellenspende zugelassen werden soll, und zwar sowohl für verheiratete als auch für unverheiratete Paare. Letztere sollen außerdem den Zugang zu Samenspenden erhalten. Die Begrenzung der Embryonenzahl auf maximal 12 Embryonen pro IVF-Zyklus („12er-Regel“) soll aufgehoben oder gelockert werden, um die Belastung für Patientinnen zu reduzieren.

Italien will in Schulen Limit für Nicht-Italienischsprachige und Schleierverbot

Das italienische Kabinett hat ein Dekret verabschiedet, das den Anteil der Schüler:innen mit unzureichenden Italienischkenntnissen in den ersten Klassen auf 30 % begrenzt und gleichzeitig ein Verbot von Gesichtsbedeckungen in Schulen einführt. Die Obergrenze gilt für Nichtstaatsangehörige, die im Ausland geboren wurden oder weniger als zwei Jahre italienische Vorschule besucht haben, sowie für Schüler:innen der Sekundarstufe, die weniger als drei Jahre eine italienische Schule besucht haben. Das Dekret betrifft auch die Eltern. Schulen sind verpflichtet, sich an das Sozialamt zu wenden, wenn anhaltende Sprachbarrieren der Eltern die Integration eines Kindes behindern; das Sozialamt wird die Eltern dann zur Teilnahme an kostenlosen Italienischkursen verpflichten – bei Geldstrafen zwischen 200 und 1.000 Euro.

Die Regelung verbietet zudem das Tragen von Gesichtsbedeckungen, einschließlich Burka und Niqab, während schulischer Aktivitäten und bei Treffen zwischen Schule und Familie. Bei Verstößen werden Geldstrafen zwischen 200 und 1.000 Euro verhängt, wobei die Eltern für ihre Kinder haftbar gemacht werden.

Das Dekret wird nun dem Präsidenten Mattarella vorgelegt. Es muss vom ihm unterzeichnet werden, bevor es im Amtsblatt veröffentlicht wird; erst dann tritt es in Kraft. Das Parlament hat anschließend 60 Tage Zeit, es in ein Gesetz umzuwandeln.

Frankreich: neuer Entwurf für das Verbot sozialer Medien unter 15 Jahren

Nachdem das französische Verfassungsgericht das Verbot sozialer Medien für Unter-15-Jährige gekippt hatte (s. [AGF-EuropaNews 8/26](#)), hat die Regierung der EU-Kommission einen überarbeiteten Gesetzentwurf zur Prüfung der Vereinbarkeit mit EU-Recht vorgelegt. Der überarbeitete nationale Vorschlag Frankreichs zum Verbot von sozialen Medien für Kinder sieht vor, dass Jugendliche im Alter von 13 bis 15 Jahren mit elterlicher Zustimmung Zugang zu sozialen Medien erhalten, anstatt ein pauschales Verbot zu verhängen. Zu den im französischen

Vorschlag aufgeführten bedenklichen Funktionen zählen das endlose Scrollen und Inhaltsempfehlungen, die Kindern von Konten zugesandt werden, die nicht zu ihrem bestehenden sozialen Netzwerk gehören. Der Gesetzentwurf schließt Online-Plattformen aus, die für pädagogische, wissenschaftliche oder Lernzwecke genutzt werden. Der Ansatz sieht vor, dass Online-Plattformen als „von Grund auf sicher“ gelten, wenn sie dem Digital Services Act (DSA) der EU entsprechen.

Kurznachrichten: Garantie für Kinder, Familienleistungen für Ukraine-Vertriebene, Großelterntag

- Mit Irland haben nun 20 der 27 Mitgliedstaaten ihren [zweiten Umsetzungsbericht zur Europäischen Garantie für Kinder](#) vorgelegt. Vorgesehen waren die Berichte für März 2026.
- In Österreich sieht ein Gesetzentwurf vor, den [Bezug von Familienleistungen für subsidiär Schutzberechtigte und Ukraine-Vertriebene von deren Erwerbstätigkeit zu entkoppeln](#).
- In Italien wird am 2. Oktober der Tag der Großeltern begangen – der Feiertag wurde 2005 per Gesetz festgelegt.

Weitere Nachrichten

Australien: Auswertung der Altersbeschränkung für soziale Medien

Eine Beobachtungsstudie der australischen Universität Newcastle mit 408 12- bis 17-Jährigen kam zu dem Ergebnis, dass die australische Gesetzgebung zum Mindestalter für die Nutzung sozialer Medien nur begrenzt erreicht wurde. Etwa 85 % der Jugendlichen gaben an, dass sie drei Monate nach Inkrafttreten des Verbots weiterhin soziale Medien nutzten, wobei mehr als die Hälfte ihre eigenen Konten nutzte. Obwohl zwei Drittel der Jugendlichen in der Studie angaben, Altersüberprüfungen durchlaufen zu müssen, mussten nur 5 % der 12- bis 13-Jährigen und 11 % der 14- bis 15-Jährigen ein Foto eines amtlichen Ausweises vorlegen. Die beiden häufigsten Überprüfungsmethoden bestanden darin, die Jugendlichen nach ihrem Alter zu fragen und ein Selfie hochzuladen. Eine beträchtliche Minderheit der Teilnehmer:innen gab an, die Altersbeschränkungen aktiv zu umgehen. Etwa 15 % der befragten 12- bis 13-Jährigen und 19 % der 14- bis 15-Jährigen gaben an, ein gefälschtes Konto zu nutzen, während etwa 3 % angaben, ein VPN zu verwenden. Die Studie kam zu dem Schluss, dass das australische Social-Media-Verbot möglicherweise wirksamer darin ist, den Zugang zu sozialen Medien bei Kindern unter acht Jahren zu verhindern oder zu verzögern, als den Zugang für Jugendliche einzuschränken, die diese bereits nutzen.

- [Barnes et al.: Assessing early effects of Australia's Social Media Minimum Age Act](#) 

Australien bereitet neues Gesetz für „Digital Duty of Care“ vor

Nach der Einführung einer Altersgrenze für soziale Medien hat die australische Regierung nun einen Gesetzentwurf zur ‚digitalen Sorgfaltspflicht‘ vorgelegt. Damit sollen digitale Dienstleister dazu verpflichtet werden, eine sichere Online-Umgebung zu gewährleisten. Für Anbieter sozialer Medien wären insbesondere folgende Änderungen vorgesehen: Nutzer:innen ab 16 Jahren sollen wählen können, ob ihr Standard-Feed personalisierte algorithmische Empfehlungen enthält („My Feed, My Way“). Plattformen müssten sowohl personalisierte Inhalte als auch einen Feed anbieten, der im Wesentlichen nur von den Nutzer:innen abonnierten Konten und Personen folgt. Anbieter müssten Risiken auf ihren Plattformen dokumentieren, Maßnahmen dagegen ergreifen und deren Wirksamkeit fortlaufend überprüfen. Die Regeln würden über soziale Medien hinausgehen und auch bestimmte Apps, Online-Spiele, Messaging-Dienste und KI-Chatbots erfassen. Minderjährige unter 18 Jahren sollen vor besonders

schädlichen Inhalten und suchterzeugenden oder ihr Selbstwertgefühl beeinträchtigenden Designfunktionen geschützt werden. Genannt werden unter anderem Pornografie, Inhalte zu Essstörungen, frauenfeindliche Inhalte, Cybermobbing und die Verherrlichung gefährlicher Taten. Für Verstöße könnten Strafen von bis zu 109,2 Millionen australischen Dollar verhängt werden (gut 67 Mio. Euro). Die eSafety-Kommission soll unter anderem leichter Lösungsanordnungen gegen „Nudify“-Apps und entsprechende Websites erlassen können.

- [Prime Minister of Australia: My Feed, My Way](#) 

Kurznachricht: Alterslimit vs. Regulierung sozialer Medien

- Amnesty, Child Helpline, COFACE und 91 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine [Stellungnahme zur altersgerechten Regulierung sozialer Medien veröffentlicht: Regulate tech, not kids.](#)

Berichte und Studien

UNICEF: Wie digitale Technologien den sexuellen Missbrauch von Kindern ermöglichen

Dieser UNICEF-Bericht kombiniert Aussagen von Kindern mit einem der umfangreichsten Bestände an verfügbaren Umfragedaten, um vor einem weit verbreiteten Trend des sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern – sowohl online als auch offline – zu warnen, der durch Technologie ermöglicht wird. In 21 Ländern wurden schätzungsweise 20 Millionen Kinder im Alter von 12 bis 17 Jahren – etwa jedes fünfte der internetnutzenden Kinder in diesen Ländern – innerhalb eines einzigen Jahres durch digitale Technologien sexuell ausgebeutet oder missbraucht. Sie wurden auf digitalen Plattformen, die sie täglich nutzten, ins Visier genommen. Manchmal von jemandem, den sie bereits kannten, und manchmal von jemandem, den sie erst online kennengelernt hatten. Viele dieser Kinder suchten keine Hilfe: Weniger als ein Prozent der Fälle wurden der Polizei, einer/m Sozialarbeiter:in oder einer Hotline gemeldet, und in mehr als 4 von 10 Fällen wurde niemandem davon berichtet.

- [UNICEF: Through Children's Eyes; How digital technologies enable child sexual abuse](#)  

LSE: Vergleichsstudie „EU Kids Online 2026“

Der Bericht der London School of Economics and Political Science (LSE) stützt sich auf eine repräsentative Umfrage unter 28.465 Kindern im Alter von 10 bis 16 Jahren in 19 europäischen Ländern. In diesen Ländern nutzen 87 % der Kinder täglich ein Smartphone oder Mobiltelefon, um online zu gehen. Nur 30 % vertrauen darauf, dass Unternehmen ihre Privatsphäre schützen. Drei von zehn Kindern sind mindestens einmal im Monat mit hasserfüllten Nachrichten konfrontiert, wobei diese Zahl zwischen 15 % in Irland und 40 % in Serbien schwankt. In den 19 Ländern geben 40 % der Kinder an, auf blutige oder gewalttätige Bilder gestoßen zu sein, 39 % auf Inhalte über Möglichkeiten, sehr dünn zu werden, und 37 % auf Inhalte über körperliche Selbstverletzung. Nur 48 % der Kinder geben an, sich online sicher zu fühlen. Die Hälfte der Kinder gibt an, dass ihre Eltern mit ihnen darüber sprechen, was sie online tun – im Vergleich zu 66 % im Jahr 2020 –, während Eltern zunehmend auf technische Kontrollmaßnahmen zurückgreifen.

- [LSE: The EU Kids Online 2026 comparative study](#) 

Lancet Countdown: Europa-Bericht 2026 zu Gesundheit und Klimawandel

Über die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels berichtet regelmäßig The Lancet, eine der führenden medizinwissenschaftlichen Zeitschriften. Europa verzeichnet einen starken Anstieg der hitzebedingten Todesfälle – im Jahr 2024 waren es schätzungsweise 62.000 –, unsichere Arbeitszeiten, Ernährungsunsicherheit und klimabedingte Risiken durch Infektionskrankheiten. Gefährdete Gruppen wie Säuglinge, ältere Menschen, Haushalte mit geringem Einkommen und im Freien tätige Arbeitnehmer:innen sind als Erste und am stärksten betroffen.

- [The Lancet Countdown: The 2026 Europe Report on health and climate change](#) 

UNICEF: Auswirkungen von HIV/AIDS auf Kinder

Obwohl bei der Bekämpfung von HIV große Fortschritte erzielt wurden, sind Kinder nach wie vor von der Epidemie betroffen. Von den weltweit geschätzten 41 Millionen Menschen, die im Jahr 2024 mit HIV lebten, waren 2,27 Millionen Kinder im Alter von 0 bis 19 Jahren. Im Jahr 2025 infizierten sich weltweit täglich etwa 660 Kinder mit HIV, und etwa 200 Kinder starben an AIDS-bedingten Ursachen, was größtenteils auf einen unzureichenden Zugang zu HIV-Präventions-, Versorgungs- und Behandlungsangeboten zurückzuführen war. Im Jahr 2025 hatten rund 13,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren einen oder beide Elternteile durch AIDS-bedingte Ursachen verloren.

- [UNICEF: Although strides have been made in the HIV response, children are still affected](#) 

WHO/UNICEF: Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene in Gesundheitseinrichtungen

Das gemeinsame Überwachungsprogramm von WHO und UNICEF ist für die weltweite Überwachung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) in den Bereichen Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene zuständig. 907 Millionen Menschen hatten demnach in ihrer Gesundheitseinrichtung keinen Zugang zu Wasser. Weltweit verfügten nur 40 % der Gesundheitseinrichtungen über eine Grundversorgung mit Sanitäranlagen.

- [UNICEF: Progress on water, sanitation and hygiene in health care facilities 2015-2025](#) 

Kurznachrichten: Diskriminierung durch KI, inklusive Medizin, Kinderheirat und Genitalverstümmelung

- Der Europarat hat eine [Methode zur Bewertung von Diskriminierung durch KI-Systeme](#) entwickelt, insbesondere für Gleichstellungsstellen, sowie Schritte zur Abhilfe vorgeschlagen.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) lädt alle Interessengruppen ein, sich an einer [Konsultation zur Verbesserung der Einbeziehung unterrepräsentierter Gruppen in klinische Studien](#) zu beteiligen.
- UNICEF hat eine [Studie und Empfehlungen zur Prävention von Kinderheirat und weiblicher Genitalverstümmelung in humanitären Kontexten](#) veröffentlicht.

Fundsache

- „Zu den besonders auffälligen Zahlen gehört, dass 70 % der italienischen Familien ein Smartphone-Verbot im Unterricht befürworten, andererseits aber 8 von 10 Familien mehr emotionale und digitale Bildung fordern“ (Studie des Centro internazionale studi famiglia).

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Oktober 2026	Internationaler Tag der älteren Menschen	UN
1. Oktober 2026, Brüssel	Daphne-CHILD High-level Conference	Eurochild und Terre des Hommes
2. Oktober 2026	International Day of Non-Violence	UN
noch bis zum 4. Oktober 2026	Weltstillwoche (Dtl.)	WHO, UNICEF, BFHI e. V., Deutscher Hebammenverband
5. Oktober 2026, Paris und online	Launch of Spending Better for Children through Social Policy	OECD
6. Oktober 2026, online	Tuesday Dialogue: Mind the Parental Age Gap!	Population Europe
7. Oktober 2026, online	COFACE working group on migration	COFACE
8. Oktober 2026, online	The Finnish Family centre model – Evaluating and replicating a European best practice in multi-agency prevention	European Observatory on Family Policy (COFACE und ODISEE University)
9. Oktober 2026, Mailand	Anti-Poverty Strategy: policies for an effective implementation	EU-Kommission und Bocconi Universität
11. Oktober 2026	International Day of the Girl Child – Girls' vision for the future	UN
12.-14. Oktober 2026	European Week of Regions and Cities 2026	EC und ECR
14. Oktober 2026, Brüssel und online	The Future of Social Investment in Europe: Children at the Heart of the MFF 2028-2034	Eurochild und Save the Children
15. Oktober 2026, online	Women, Care and Artificial Intelligence (Breakfast Bytes Webinar)	COFACE
17. Oktober 2026	International Day for the Eradication of Poverty: Ending social and institutional maltreatment by ensuring respect and effective support for families	UN
20. Oktober 2026, Bern	Let's talk about F* - Fertility! Family? Fairness.	Pro Familia Schweiz
20. Oktober 2026, online	Tuesday Dialogue - "Boys' Achievement Crisis": myths, evidence, policy challenges	Population Europe

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
26. bis 30. Oktober 2026, Genf und online	2. Sitzung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe für die Rechte älterer Menschen (UN-Altenrechtskonvention)	UN
29. Oktober 2026	International Day of Care and Support	UN
4. November 2026, online	Women, Care and Artificial Intelligence (Webinar)	COFACE
9.-10. November 2026, Kreta und online	3rd Forum of the OECD Crete Centre on Population Dynamics and Economic Prosperity	OECD
18. November 2026, Valletta, Malta	Implementing the European Child Guarantee for Children with Disabilities	COFACE
1. Dezember 2026, Berlin	European Expert Meeting: European Initiatives for fighting family and child poverty and their implementation in Germany	AGF

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Oranienplatz 5, 10999 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend